



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juni 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler
Vorlage: 2024/0138

Punkt 1.1 der Tagesordnung: Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler: Verzicht auf Eigenanteil
Änderungsantrag: KAL/Die PARTEI
Vorlage: 2024/0138/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat und im Hauptausschuss die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Ablehnung (11 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Schulbeirat am 21. März 2024 und im Hauptausschuss am 9. April 2024, 7. Mai 2024 und am 4. Juni 2024:

Wir haben es mehrfach vorberaten. Jetzt steht die Entscheidung an.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir als Fraktion GRÜNE können dieser Vorlage heute nicht zustimmen. Für uns hat sich seit der Beschlussfassung im Haushalt im November letzten Jahres ein neuer Sachverhalt ergeben. Es ist uns damals schon extrem schwergefallen und hat wehgetan, so einem Antrag zuzustimmen, aber heute ist der Sachverhalt ein anderer. Wir sehen das auch nicht mehr als verhältnismäßig an, dass heute von den Eltern der Kinder, die ein SBBZ besuchen müssen, eine Beförderungspauschale bezahlt werden muss. Die Schüler*innen, die eine Schülerkarte bekommen, haben damit ein Deutschland-Ticket BW. Das haben diese Kinder nicht. Es ist eine reine Beförderungspauschale, die diese Eltern bezahlen müssen. Auch wenn sie sich freistellen wollen, müssen sie Anträge stellen. Es ist eine ganz schwierige Situation. Wir haben den Sachverhalt, dass heute auch Mittel für

andere Aktivitäten wieder zur Verfügung stehen. Ich möchte gerade die World Games nennen. Insofern ist es für uns auch unverhältnismäßig, jetzt von den Eltern diese Pauschale zu verlangen. Wir werden deshalb der Vorlage heute nicht zustimmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Leben dieses Gemeinderates besteht vor allem darin, Kompromisse zu schließen. Einen solchen haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen geschlossen. Natürlich haben wir die Vor- und Nachteile dieser Entscheidung nachvollzogen. Ich sehe auch nicht in irgendeiner Weise, jedenfalls nicht verschriftlicht, dass es wesentlich Neues gibt, was jetzt eine Fraktion hier zu einem Umlenken in der Entscheidung bewegen würde. Das ist noch im Verschlussenen geblieben, liebe Frau Rastätter.

Ich meine, dass es durchaus vertretbar ist, was wir hier vorhaben. Das ist eine der Maßnahmen, die das Dezernat 3 vorgeschlagen hat, um Überobligationen, überobligatorische Aufwendungen, die wir bisher getragen haben, also weit über das Muss hinausgehender Aufwendungen einfach zu kürzen. Es ist ein Verhalten, das sich jetzt angleicht an das Zuschussverhalten, das auch im Landkreis für vergleichbare Fälle angewendet wird. Wir können das nachvollziehen. Es ist sicherlich manchmal nicht immer eine ideale Situation, solche Zuwendungen zurückzunehmen. Aber sie sind freiwillige Leistungen, und wir haben ein Haushaltsthema. Das dürfen wir nicht einfach so scheidchenweise vergessen.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir hatten es im Schulbeirat und in diversen Sitzungen des Hauptausschusses. Die Gleichbehandlung von Schülern in Karlsruhe Stadt und Karlsruhe Land und die damit verbundene Kostenerhöhung ist sogar Teil des Haushaltes gewesen, dem gerade diejenigen, die jetzt mit einem Änderungsantrag kommen oder ablehnen wollen, zugestimmt haben. Wie wiederholt ausgeführt und von der Stadt dargestellt, stellt dies keine soziale Härte dar. Wir bleiben dabei, wie in den früheren Gremienberatungen. Wir stimmen der Vorlage der Stadt zu und lehnen den Änderungsantrag ab.

Stadträtin Binder (DIE LINKE): Ich freue mich, dass auch die GRÜNEN jetzt zu dieser Entschließung gekommen sind. Wir haben von vornherein gesagt, dass wir das für problematisch halten. Auch der Behindertenbeirat hat auf die Problematik aufmerksam gemacht in der Vorstellung seines Jahresberichts im Sozialausschuss. Wir sind der Meinung, dass Familien mit schwerbehinderten Kindern sowieso mehr belastet sind als, jetzt sage ich mal, andere Familien. Und da noch etwas draufzusetzen, indem man ihnen quasi die Beförderungskosten noch in Rechnung stellt, die andere Kinder so nicht tragen müssen oder andere Eltern so nicht tragen müssen, halten wir wirklich für eine heftige Zumutung. Es trifft wieder die Falschen, die hier Kosten zu tragen haben, die eigentlich die Gesellschaft tragen müsste. Wenn es uns um Inklusion geht und wir das ernst meinen, dann müssen wir solche Familien entlasten und nicht zusätzlich belasten.

Stadträtin Moser (SPD): In ungewohnter Reihenfolge spreche ich jetzt, aber um es vorwegzunehmen, die SPD-Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage nicht zu. Wir lehnen sie ab. Aus den vielen Vorberatungen wird klar, dass es nicht nur meiner Fraktion schwerfällt, diese Satzungsänderung zu beschließen. Wir wissen, dass wir bereits zugestimmt haben. Mit der nochmaligen intensiven Befassung mit dem Thema sind wir allerdings zu der Einsicht gekommen, dass die Eltern von Kindern, die ein SBBZ besuchen, schon belastet genug sind. Da die sozialpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren nicht überall in der Stadt fußläufig zu erreichen sind, gibt es keine Wahlmöglichkeiten, und die Kinder müssen den Schülerverkehr nutzen. Bisher mussten Eltern dafür nichts bezahlen. Deshalb greift auch

das Argument für uns nicht, dass man dann eine Einheitlichkeit mit dem Landkreis herbeiführt. Wir wissen, dass das Jobcenter für Familien mit Anspruch auf Bildung und Teilhabe anteilige Fahrtkosten übernimmt. Wer allerdings weiß, wie viel Bürokratie und Ausdauer dies beim Antragstellen bedeutet, gerade für belastete Familien, kann unsere Sicht nachvollziehen. Diese Familien müssen unzählige Anträge stellen, und wenn wir ihren eh schon belasteten Alltag erleichtern können, möchten wir gerne dazu beitragen. Im Sozialbereich stehen wir bei den Einsparmöglichkeiten aufgrund der Haushaltsberatungen gut da, sodass wir unserer Einschätzung nach die 28.000 Euro in diesem Jahr und 95.000 Euro im nächsten Jahr verschmerzen können. Gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen hoffen wir, in den kommenden Jahren, was Hilfe und Unterstützung für diese Personengruppe betrifft, in Karlsruhe weiterzukommen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich muss sagen, dass ich mich nicht erinnere, dass dieser Antrag dezidiert aufgerufen wurde in den Haushaltsberatungen, denn im Nachhinein kann ich mir das nur so erklären, dass es irgendwie irgendwo mit auf der Agenda war und dann eben mit abgestimmt wurde. Wir haben auch nicht nachgeschaut, weil das Signal immer vom zuständigen Dezernenten, aber auch vom Schul- und Sportamt war, dass wir in diesen Bereichen Schule und Sport nicht kürzen. Ich muss schon sagen, auch Herr Hofmann, da spreche ich Sie jetzt auch an als CDU-Fraktionsvorsitzender, dass das Schul- und Sportamt ausgerechnet bei den Menschen, die es sowieso schon schwer haben, es wurde hier schon richtigerweise erwähnt, sagt, da wird jetzt gespart, aber alles andere, im Sportbereich wurde richtigerweise nichts auf die Agenda genommen, dass da gekürzt wird.

Von daher muss ich sagen, verstehe ich das Schul- und Sportamt nicht. Wie gesagt, es wurde dezidiert nicht einzeln abgestimmt, denn dann wäre klar gewesen, dass zumindest von meiner Fraktion und vielleicht auch von anderen das dann doch noch genauer angeschaut worden wäre. Ich gehe davon aus, so wie heute dann auch, dass das keine Mehrheit bekommen hätte. Herr Kollege Pfannkuch, ich bin gespannt nachher, was Ihre Rednerin zum Bericht des Behindertenbeirats sagen wird. Ich vermute, und das machen wir alle, wir danken und machen große - das ist jetzt etwas despektierlich vielleicht - Worte, aber wenn es dann konkret darum geht, auch für die Familien von behinderten Kindern etwas konkret zu tun, und wie gesagt, das zerschlägt den Haushalt nicht, die 90.000 Euro, dann verstehe ich Sie auch nicht. Ich hatte an sich Ihre Fraktion immer in der Vergangenheit so gesehen, als der Herr Rüssel und die Frau Krug noch hier das Wort hatten, im sozialen Bereich, wo ihr immer Vorreiter oft wart

(Zurufe)

Erinnern Sie sich ruhig an die Zeiten, auch wenn Sie da noch nicht im Gemeinderat waren.

Das waren zwei Menschen, die Vorreiter waren im sozialen Bereich, wo manche sich hier im Haus auch eine Scheibe abschneiden konnten. Diese Historie Ihrer Fraktion, die vergessen Sie heute offensichtlich gerne.

Stadtrat Hock (FDP): Die jahrzehntelange Erfahrung von meinem Kollegen Lüppo Cramer ist jetzt zum Tragen gekommen. Diesen Eindruck hatten wir auch. Eventuell kann es wirklich sein, dass es uns auch durchgerutscht ist, aber Herr Oberbürgermeister, vielleicht können Sie nachher zur Erhellung des Ganzen beitragen, indem Sie uns noch einmal erklären,

wo das und wie das genau damals ausformuliert da drin stand. Aber ich kann nur das, was mein Kollege Cramer gesagt hatte, wiederholen.

Wir sehen im Punkt 1 echte Probleme und würden dem heute auch nicht zustimmen. Dem Antrag der Karlsruher Liste würden wir auf jeden Fall zustimmen, der ist völlig berechtigt, und meine Fraktion geht diesen Weg heute so mit. Es wurde schon alles Wichtige zu diesem sehr wichtigen Thema gesagt, aber Herr Oberbürgermeister, Ihre Einschätzung dazu wäre dann noch einmal vonnöten.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt keine lange Debatte hier anzetteln wollen, sondern wir haben es jetzt schon oft genug diskutiert. Mir ist nur wichtig, ein paar Punkte klarzustellen. Aus der Vorlage geht eindeutig hervor, dass es im Rahmen der Haushaltsberatung schon Thema war. Ob wir es diskutiert haben, kann ich mich persönlich auch nicht daran erinnern, aber es war zumindest irgendwie Thema. Aber es ist Ihnen unbenommen, jetzt bei der Veränderung der Satzung zu anderen Ergebnissen zu kommen.

Es geht um einen Kostenanteil bei Summen, die sich am Ende auf über 7 Millionen Euro im Jahr aufsummieren. Das heißt, jeder, der hier den Eindruck erweckt hat, wenn man jetzt dieser Beschlussvorlage folgen würde, würde man irgendwelche Eltern im Regen stehen lassen oder das hätte irgendwas mit Versagen von Inklusion zu tun, diesen Vorwurf muss ich doch einfach, denke ich, auch für das gesamte Haus zurückweisen. Wenn man über 7 Millionen Euro für diese Schülerbeförderung ausgibt und am Ende jetzt einen Eigenanteil von 100.000 Euro einfordert, den Sie ablehnen können, dann würde aber auch, selbst wenn man die 100.000 Euro als Eigenanteil einsammelt, der Vorwurf unberechtigt sein, man würde nicht genug für die Inklusion an dieser Stelle tun. Natürlich gibt es auch darüber hinaus eine breite Unterstützung für diese Familien, weil die meisten dieser Kinder, zumindest wenn sie schwer mobilitätseingeschränkt sind, auch heute schon den ÖPNV und auch die Deutsche Bahn umsonst benutzen können. Die Gleichsetzung mit anderen Kindern, die keine Einschränkungen haben und die auch 30 Euro aufbringen müssen, um dann entsprechend dieses Ticket zu bekommen und jetzt zu sagen, die einen kriegen dafür das BW-Ticket, die anderen nicht, aber die anderen dürfen sowieso umsonst fahren, das ist auch ein Vergleich verschiedener Situationen, die einfach an der Stelle teilweise falsch dargestellt werden.

Insofern halten wir es als Verwaltung nach wie vor für einen zumutbaren Eigenanteil, der diese Kinder auch nicht schlechter stellt als andere Kinder und der vor allem auch zu einer Gleichbehandlung mit den Landkreiskindern führt. Wir haben es oft mit denselben Schulen zu tun, und da hat jetzt ein Teil der Kinder, nämlich die, die aus dem Landkreis kommen, einen Eigenanteil zu erbringen und die anderen eben nicht.

In Anbetracht, dass im Moment alle öffentlichen Gebietskörperschaften vor der großen Herausforderung stehen, wie sie denn dann mit den steigenden Kosten insgesamt umgehen sollen und wie sie versuchen müssen, die Balance auch zwischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und der Ermöglichung von in dem Fall Inklusion auf der anderen Seite zu halten, halten wir das für einen eigentlich sehr fairen Kompromiss, den uns andere Gebietskörperschaften und in dem Fall auch vor allem unser Landkreis schon ein Stück weit vormachen. Deswegen glaube ich, dass die ganzen großen Worte um, das ist gegen Inklusion gerichtet und das ist gegen das gerichtet, was der Beirat der Menschen mit Behinderungen hier auch wirklich Wunderbares leisten, also ich würde

doch bitten, dass wir diese Rhetorik ein bisschen runterfahren. Sie wollen den Eigenanteil möglicherweise mehrheitlich nicht. Dann müssen wir halt als Stadtverwaltung gucken, wie wir damit zurechtkommen. Aber ich glaube, es wäre keine grundsätzliche Entscheidung gegen Inklusion und gegen die entsprechenden Familien.

Schwierig finde ich, und das bitte ich zu bedenken, wenn wir jetzt alles, was wir hier beschließen oder nicht beschließen, mit unserem Engagement bei den World Games in die Diskussion bringen. Da wäre ich sehr dankbar für die Zukunft, wenn wir uns daran orientieren, was wir eigentlich sonst auch tun, dass wir nämlich die Dinge nicht gegenseitig ausspielen, sondern mit unterschiedlichen Schwerpunkten auch unterschiedliche Größenordnungen ernsthaft diskutieren.

Zu einem anderen Punkt noch möchte ich festhalten, dass alle Ämter zu Einsparungen beigetragen haben. Wenn es in einem Amt möglich war, es an einer Stelle ohne entsprechende Kürzungen zu machen, sollte aber auch nicht der Eindruck entstehen bleiben, dass die Ämter dann im Grunde nicht ihren Beitrag dann anderweitig erfüllt hätten.

Ich hätte eine Frage an Sie, Herr Stadtrat Cramer, müssen wir Ihren Antrag abstimmen, weil er eigentlich nur beantragt, die Beschlussvorlage abzulehnen, oder reicht es da nicht, wenn wir einfach die Beschlussvorlage jetzt zur Abstimmung stellen? Ja. Okay, alles klar. Dann stelle ich jetzt die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
1. Juli 2024